

Chronologie

September / Oktober 2004*

September

1.9. Wirtschafts- und Finanzminister *Nicolas Sarkozy* kündigt an, dass sich der französische Staat von knapp 10 Prozent seines Anteils am Telefonkonzern *France Télécom* trennen wird. Dadurch wird der Staatsanteil auf unter 44 Prozent sinken. Der Staat wird damit erstmals zum Minderheitsaktionär des Unternehmens. Aus dem Verkauf werden Einnahmen von etwa 5,8 Milliarden Euro erwartet, die zum Abbau der öffentlichen Schulden verwendet werden sollen.

1.9. Der Conseil des ministres ernennt den von ihm zu bestimmenden Teil der neuen Mitglieder des Conseil économique et social. Neben UMP-Abgeordneten der Nationalversammlung und früheren Mitarbeitern *Jacques Chiracs* aus seiner Zeit als Bürgermeister von Paris gehören zu den 40 neuen Mitgliedern auch die ehemaligen Minister *Luc Ferry* und *Jean-Jacques Aillagon*.

6.9. Premierminister *Jean-Pierre Raffarin* und der Parteichef des Parti socialiste (PS) *François Hollande*, debattieren im Radiosender RTL über zentrale sozialpolitische Themen. Im Mittelpunkt stehen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie Arbeitszeitregelungen, die Integration von jugendlichen Arbeitslosen und der soziale Dialog.

7.9. Der PS setzt eine Kommission ein, die ein Programm für die Präsidentschaftswahl 2007 entwerfen soll. In elf verschiedenen Gruppen werden die 205 Mitglieder Themen wie Solidarität, Arbeit, Wachstum und nachhaltige Entwicklung behandeln.

9.9. Der frühere Premierminister *Laurent Fabius* (PS) erläutert in der Fernsehsendung „Question ouverte“ des Senders France 2 seine kritische Haltung zum europäischen Verfassungsentwurf. Er stimme nur für den Text, wenn Staatspräsident *Chirac* sich bis zu dem für das Jahr 2005 angekündigten Referendum für ein „sozialeres Europa“ einsetze. *Fabius* fordert eine Revision des Stabilitätspaktes, eine Steigerung der EU-Ausgaben für Forschung und Ausbildung und eine Steuerharmonisierung innerhalb der EU, um die Verlagerung von Unternehmen in andere EU-Mitgliedstaaten zu verhindern.

13.9. Auf ihrem ersten Dreiergipfel in Madrid betonen der spanische Ministerpräsident *Zapatero*, Bundeskanzler *Schröder* und Staatspräsident *Chirac*, dass sie sich für eine zügige Ratifizierung der EU-Verfassung einsetzen wollen. Außerdem beschließen sie die Vernetzung ihrer nationalen Strafregister, um die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität besser zu koordinieren.

13./14.9. Innenminister *Dominique de Villepin* trifft in Fès mit seinem marokkanischen Amtskollegen *Mostafa Sahel* zu Gesprächen zusammen. Im Mittelpunkt steht die Kooperation der beiden Länder im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die illegale Einwanderung und vor allem den Drogenhandel. Es wird beschlossen, dass beide Länder Verbindungsoffiziere von Spezialeinheiten der Polizei austauschen werden, die auf die Bekämpfung des Drogenhandels spezialisiert sind. Im Jahr 2003 kamen allein 82 Prozent des nach Frankreich eingeführten Cannabis aus Marokko.

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

15.9. Pierre Gadonneix wird vom Conseil des ministres zum neuen Präsidenten des Staatskonzerns Électricité de France (EdF) ernannt. Damit setzt sich nach einer zweimonatigen Debatte der aktuelle Präsident von Gaz de France und Wunschkandidat des Premierministers Raffarin durch und löst François Roussely an der Spitze von EdF ab. Roussely, dessen Mandat Mitte Juli offiziell abgelaufen war, war 1998 von der Regierung Jospin ernannt und bis zuletzt von Wirtschafts- und Finanzminister Sarkozy unterstützt worden. Zu den wesentlichen Aufgaben von Gadonneix werden die Umwandlung von EdF in ein börsennotiertes Unternehmen und die Einleitung der Privatisierung zählen. EdF hält rund 30 Prozent der Aktien des deutschen Unternehmens EnBW und ist damit auch auf dem deutschen Markt präsent. Neuer Präsident von Gaz de France wird der derzeitige stellvertretende Kabinettsdirektor des Premierministers, Jean-François Cirelli.

15.9. Sozialminister Jean-Louis Borloo stellt in einer Kabinettsitzung seinen „Plan für den sozialen Zusammenhalt“ vor. Innerhalb von fünf Jahren sollen insbesondere in den Bereichen Beschäftigung, Wohnen und Chancengleichheit Maßnahmen ergriffen werden, die dem „sozialen Bruch“ in der Gesellschaft entgegenwirken. Mit den vorgesehenen 12,9 Milliarden Euro sollen unter anderem die Arbeitsplatzvermittlung erleichtert und die Jugendarbeitslosigkeit verringert werden. Borloo will mit dem Plan die nach den Regionalwahlen im März 2004 angekündigte Wende in der Sozialpolitik realisieren.

15.9. Der Vorsitzende des Conseil français du culte musulman (CFCM) und Rektor der Moschee von Paris, Dalil Boubakeur, kündigt an, dass sich die Moschee von Paris nicht an den Neuwahlen des Muslimrates im April 2005 beteiligen werde. Der als moderat geltende Boubakeur war im Jahr 2003 vom damaligen Innenminister Sarkozy zum Vorsitzenden des neu gegründeten CFCM ernannt worden. Bei den parallel abgehaltenen ersten Wahlen hatten die als fundamentalistisch angesehenen muslimischen Vereinigungen, unter anderem die Fédération Nationale des Musulmans de France (FNMF) und die Union des Organisation Islamiques de France (UO-IF), eine breite Mehrheit erhalten. Seit der Errichtung des CFCM gibt es innerhalb des Rates heftige Auseinandersetzungen zwischen den von den arabischen Staaten finanzierten fundamentalistischen Vereinigungen und den als gemäßigt geltenden Moslems um Boubakeur.

17.9. In einem Interview mit „Le Figaro“ kündigt Premierminister Raffarin ein Aktionsprogramm für die kommenden Monate mit dem Slogan „Reformen für

mehr Wachstum, Wachstum für mehr Arbeitsplätze“ an. Sein so genannter „Contrat France 2005“ umfasst unter anderem die Ziele Senkung der Arbeitslosigkeit, Reformen im Bildungssystem, eine Regelung von Preissteigerungen im Einzelhandel sowie die Schaffung von Anreizen für Unternehmer, ihre Produktionsstandorte in Frankreich zu belassen. Um Preissteigerungen sozial verträglich zu gestalten, sei eine Erhöhung des SMIC vorgesehen. Erziehungsminister François Fillon werde darüber hinaus im November eine Initiative für Neuerungen im Bildungssystem vorlegen.

20.9. Staatspräsident Chirac plädiert während des UNO-Gipfels zum „Kampf gegen den Hunger“ in New York für eine weltweite Steuer zugunsten der Armen und unterstützt damit eine entwicklungspolitische Initiative des brasilianischen Präsidenten Luis Inácio Lula da Silva. Die französische Regierung plant, den Anteil der Entwicklungshilfe am BIP von aktuell 0,42 Prozent bis 2007 auf 0,5 Prozent zu erhöhen. Frankreich will sich dabei schwerpunktmäßig um seine ehemaligen Kolonien in Afrika bemühen.

21.9. Gesundheitsminister Philippe Douste-Blazy gibt bekannt, dass das Defizit der Sozialkassen (Kranken-, Renten- und Familienkassen) im Jahr 2004 ein Rekordhoch von 14 Milliarden Euro erreichen wird. Ziel für das Jahr 2005 sei es, das Defizit auf zehn Milliarden Euro zurückzuführen, wovon acht Milliarden Euro auf die Krankenversicherung entfallen würden.

21.9. In einem Interview mit „Le Monde“ bestätigt Richard Descoings, Direktor des Institut d'Études Politiques in Paris, dass er sich derzeit um einen Kredit von 35 bis 40 Millionen Euro bemüht, um die Gebäude der École Nationale d'Administration aufzukaufen, die nach Straßburg umsiedelt. Descoings strebt nach eigenen Angaben ein „europäisches Harvard“ an. Seit seinem Amtsantritt 1996 hat er bereits verschiedene Reformen durchgeführt: eine Verlängerung der Regelstudienzeit von drei auf fünf Jahre, eine Vereinfachung der Zulassung sowie eine Erhöhung des Anteils der ausländischen Lehrkräfte (heute 25 Prozent). Vom Rechnungshof wird die finanzielle Lage des IEP allerdings kritisch beurteilt. Die Anzahl der Studenten hat sich zwischen 1995 und 2000 um 8,2 Prozent erhöht, die Einnahmen durch Studiengebühren um 28,9 Prozent. Im gleichen Zeitraum sind die Ausgaben für die Lehre jedoch um 90,9 Prozent gestiegen.

22.9. Wirtschafts- und Finanzminister Sarkozy stellt im Conseil des ministres seinen Haushaltsentwurf für 2005 vor. Von den für 2005 geschätzten Steuererhöhungen in Höhe von 17 Milliarden Euro im Vergleich zu

2004 beabsichtigt Sarkozy zehn Milliarden für die Verringerung des Budgetdefizits, fünf Milliarden für die Anhebung der öffentlichen Ausgaben und zwei Milliarden zur Finanzierung von Steuersenkungen zu verwenden. Das Staatsdefizit wird laut Sarkozy im Jahr 2005 wieder unter die vom EU-Stabilitätspakt vorgeschriebene 3 Prozent-Grenze des BIP sinken.

23.9. In seiner ersten Ansprache vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterstreicht Außenminister Michel Barnier die französische Position, sich in keiner Weise mit militärischen Mitteln im Irak zu engagieren. Dagegen werde sich Frankreich gemeinsam mit seinen europäischen Partnern am Wiederaufbau des Landes und seiner politischen Institutionen beteiligen. Zur Situation im Nahen Osten erklärt Barnier, Frankreich werde „keine Mühen scheuen, um den Friedensprozess wieder in die rechte Bahn zu lenken“ und weiter Kontakt zu allen „gewählten und legitimen“ Staatshäuptern der Region halten. Wenige Tage zuvor hatte US-Präsident George W. Bush dazu aufgerufen, auf jegliche Hilfe und Unterstützung für Yasser Arafat zu verzichten.

24.9. Die Schriftstellerin Françoise Sagan stirbt im Alter von 69 Jahren in Honfleur. Berühmt wurde Sagan durch ihr 1953 erschienenes Erstlingswerk „Bonjour tristesse“.

26.9. Bei den Senatswahlen erleidet die UMP von Staatspräsident Chirac nach den Regional- und Kantonalwahlen im März sowie den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni eine weitere Niederlage. Die Partei verliert acht Sitze und damit die absolute Mehrheit. Die oppositionellen Sozialisten gewinnen zehn Mandate hinzu. Unter anderen erringt der frühere Innenminister Charles Pasqua ein Senatsmandat. Die damit verbundene parlamentarische Immunität ist für ihn insofern von Bedeutung, als er in drei verschiedenen Finanzaffären der Korruption beschuldigt wird. Zu den neu gewählten Senatoren zählt auch Premierminister Raffarin. Für ihn wird bis zum Ende seiner Amtszeit als Regierungschef ein Nachrücker in den Senat einziehen. Ferner erhält der Rüstungs- und Medienunternehmer Serge Dassault einen Sitz im Senat. Neuerungen bei den diesjährigen Senatswahlen sind das von neun auf sechs Jahre verkürzte Mandat sowie das von 35 auf 30 Jahre gesenkte Mindestalter für Senatoren.

26.9. Wirtschafts- und Finanzminister Sarkozy spricht sich in der Fernsehsendung „Grand Jury – RTL – Le Monde – LCI“ für ein Referendum in Frankreich über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus. Er selbst stehe dem Beitritt zurückhaltend gegenüber. Der Türkei dürfe zwar nicht das Gefühl gegeben wer-

den, dass die EU sie ausschließen wolle. Doch sei allein ihr Beitritt gleichbedeutend mit der im Mai vollzogenen Erweiterung um zehn neue Mitglieder.

Oktober

1.10. Ein Eckpfeiler der Loi Perben, das so genannte „plaider-coupable“, tritt in Kraft. Damit kann die Staatsanwaltschaft Angeklagten, die sich schuldig bekennen, in einem verkürzten Verfahren und ohne Gerichtsverhandlung eine angemessene Strafe vorschlagen. Die neue Verfahrensweise soll für eine schnellere Abwicklung von Verfahren und eine Entlastung der Gerichte sorgen. Widerspruch ruft vor allem die Tatsache hervor, dass künftig Gespräche unter Ausschluss der Öffentlichkeit an die Stelle öffentlicher Gerichtsverhandlungen treten können.

1.10. Bei einem informellen Treffen mit Bundeskanzler Schröder in Straßburg spricht sich Staatspräsident Chirac für eine Volksabstimmung in Frankreich über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus. Die Regierung bereite eine entsprechende Verfassungsänderung vor. Ab einem bestimmten Zeitpunkt solle die Zustimmung Frankreichs zu jeder neuen Erweiterung der EU von einem Referendum abhängig gemacht werden. Im Falle Rumäniens, Bulgariens und Kroatiens erübrige sich ein solches Referendum, da die Beitrittsverhandlungen mit diesen Ländern praktisch beendet seien. Weitere Themen des Gipfels sind die Finanzierung des EU-Haushalts für die Jahre 2007 bis 2013 und der amerikanische Vorschlag einer internationalen Irak-Konferenz.

4.10. Staatspräsident Chirac empfängt den polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski. Chirac spricht sich dabei für ein jährlich stattfindendes Treffen der Staats- und Regierungschefs beider Länder aus. Nach dem Beispiel Deutschlands und Großbritanniens solle auch Polen als „privilegierter Partner“ an die Seite Frankreichs treten. Themen dieser Treffen, mit denen noch in diesem Jahr begonnen werden könne, könnten zum Beispiel die Finanzierung der Union nach 2007 und die Ratifizierung der EU-Verfassung sein.

4.10. „Le Monde“ berichtet, dass französische Regierungsstellen über die gescheiterten Versuche des UMP-Abgeordneten Didier Julia (UMP) unterrichtet gewesen seien, die am 20. August 2004 zusammen mit ihrem Chauffeur im Irak entführten französischen Journalisten Christian Chesnot und Georges Malbrunot zu befreien. Seit Anfang September hatte sich Julia, offenbar mit Unterstützung des ivoirischen Präsidenten Laurent

Gbagbo, um die Freilassung der Geiseln bemüht und war zu diesem Zweck am 1. Oktober nach Damaskus gereist. Von offizieller französischer Seite wird betont, dass es zu keinem Zeitpunkt einen Auftrag des französischen Staatspräsidenten oder anderer Regierungsstellen an Julia gegeben habe. Es habe sich um eine „absolut persönliche Initiative“ des Abgeordneten gehandelt.

6.10. In Frankreich erscheint das Buch „Chirac contre Bush: l'autre guerre“ von Thomas Cantaloube und Henri Vernet. Die Autoren schreiben, dass Frankreich noch im Dezember 2002 den USA militärische Unterstützung bei einer Intervention im Irak in Form einer Entsendung von 10 000 bis 15 000 Soldaten, Militärflugzeugen und weiterer Ausrüstung zugesagt habe. Noch im Januar 2003 habe Staatspräsident Chirac mit der US-Administration darüber verhandelt. Das Buch basiert auf Interviews mit Angehörigen der französischen und amerikanischen Administrationen, UNO-Diplomaten sowie Geheimdienstmitarbeitern.

6.10. Zwei Handelsschiffe erreichen mit einer Ladung von etwa 140 kg waffenfähigem Plutonium aus den USA den Hafen von Cherbourg (Manche). Von hier soll das Plutonium zu den Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague und Cadarache (Bouches-du-Rhône) gebracht werden. Die Fracht soll gemäß einem Vertrag zwischen dem US-Energieministerium und dem französischen Nuklearkonzern Areva von dessen Unternehmen Cogéma in zwei Tonnen zivilen, nicht waffenfähigen MOX-Nuklearbrennstoff für den Reaktorbetrieb umgewandelt und anschließend zurück in die USA transportiert werden. Damit kommen die USA Verpflichtungen aus dem russisch-amerikanischen „Plutonium Management and Disposition Agreement“ vom September 2000 nach. Beide Staaten hatten sich darin verpflichtet, 34 Tonnen waffenfähiges Plutonium zu vernichten. Die USA verfügen bisher nicht über die notwendige Technologie für die Umwandlung. Sollte dieser „Testlauf“ erfolgreich verlaufen, wird in den USA mit französischer Beteiligung eine geeignete Anlage errichtet werden.

7.10. Der Leiter des mit der Suche nach vermuteten Massenvernichtungswaffen im Irak betrauten amerikanischen Inspektorenteams, Charles Duelfer, legt seinen Schlussbericht vor. In dem Bericht, der sich auf irakische Dokumente und Aussagen früherer irakischer Regierungsmitglieder stützt, weist Duelfer unter anderem darauf hin, dass Saddam Hussein versucht habe, über die Vergabe von Erdölbezugsrechten Mitgliedstaaten des UNO-Sicherheitsrates zu beeinflussen. Der frühere Innenminister Pasqua habe in diesem Zusammenhang Gutscheine über elf Millionen Barrel Rohöl erhalten. Pasqua weist diese Vorwürfe als unbegründet zurück.

8.10. Der ehemalige Innenminister Pasqua, seit dem 26. September Mitglied des Senats, sagt vor der Cour de Justice de la République zum Vorwurf der Bestechlichkeit in drei Fällen aus. Pasqua soll während seiner Amtszeit von 1993 bis 1995 von Baugenehmigungen für ein Spielkasino sowie für den Sitz des Konzerns Alstom finanziell profitiert sowie Provisionen für Geschäfte der Exportgesellschaft Sofremi erhalten haben. Weiter wird gegen Pasqua in einer Affäre um die Finanzierung seines Wahlkampfes für das Europäische Parlament 1999 ermittelt. Die Cour de Justice de la République ist die einzige Instanz, die gegen einen Minister im Amt ermitteln darf. Die Immunität, die Pasqua als Senator genießt, schützt ihn ausschließlich vor Zwangsmaßnahmen wie Untersuchungshaft oder Polizeigewahrsam, nicht jedoch vor der Einleitung eines Verfahrens.

9.10. Der französische Philosoph Jacques Derrida stirbt in einer Pariser Klinik 74-jährig an Krebs. Zu seinen berühmtesten Werken gehört „Die Schrift und die Differenz“ von 1972. Der Begründer des so genannten Dekonstruktivismus hatte im Jahr 2001 als einer der bedeutendsten Philosophen der Gegenwart den Theodor-W.-Adorno-Preis erhalten.

9.-12.10. Staatspräsident Chirac hält sich zu einem Besuch in China auf. Chirac spricht sich für die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China aus, welches er weder für „gerechtfertigt noch konsequent“ halte. Zugleich übergibt er dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao eine Liste mit den Namen von etwa einem Dutzend Dissidenten, für deren Freilassung er sich einsetzt. Zudem spricht er sich für eine Intensivierung der französisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen aus. China soll künftig Flügelteile für den neuen Airbus 380 herstellen. Weiter wird ein Kooperationsvertrag zum Bau von Lokomotiven in China mit Alstom unterzeichnet. Die Fluggesellschaften China Eastern und Air China erwerben 36 Airbus-Flugzeuge; der französische Mineralölkonzern Total vereinbart mit dem chinesischen Ölkonzern Sinochem den gemeinsamen Bau von 200 Tankstellen in China.

11.10. Nach einer von Louis Harris für „Libération“ durchgeführten Umfrage lehnen 75 Prozent der Franzosen einen EU-Beitritt der Türkei ab. Dagegen erklären 69 Prozent der Befragten, sich bei dem Referendum über die EU-Verfassung für den Verfassungsvertrag auszusprechen zu wollen.

13.10. Die Nationalversammlung verabschiedet mit deutlicher Mehrheit eine Ergänzungsklausel zur Loi Evin, die seit 1991 die Werbung für Tabak und Alkohol regelt. Mit der Änderung wird Weinhändlern nun ge-

stattet, die Qualität ihres Produktes anzupreisen. *Claude Evin* (PS), früherer Gesundheitsminister und Namenspatron des Gesetzes kritisiert, es sei „heuchlerisch“, sich die Senkung des Alkoholkonsums um 20 Prozent innerhalb der nächsten fünf Jahre zum Ziel zu setzen, zugleich aber die Werbung für alkoholische Getränke zu ermöglichen.

14.10. Die Nationalversammlung debattiert in einer kurzfristig anberaumten Sitzung mit sehr wenigen Teilnehmern über die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei über einen EU-Beitritt. Die gesamte Regierung sowie große Teile der Linken sprechen sich gegen den Beitritt der Türkei in die EU aus. Premierminister *Raffarin* stellt fest, dass weder die Türkei noch die EU zum jetzigen Zeitpunkt für den Beitritt gerüstet seien. Frankreich dürfe sich aber nicht den Weg verbauen, indem es verfrüht gegen die EU-Mitgliedschaft der Türkei stimme. Laut *François Bayrou* (UDF) wäre ein türkischer Beitritt kein Schritt zur Einheit, sondern zur Auflösung Europas. Ursprünglich hatten Präsident *Chirac* und die Regierung *Raffarin* keine Beteiligung des Parlaments an der Entscheidung vorgesehen. Vor allem auf Grund des Drucks der UDF und einiger UMP-Abgeordneter war doch noch eine Debatte einberufen worden unter der Bedingung, dass es zu keiner Abstimmung kommen dürfe.

17.10. Am Welttag zur Überwindung der Armut zieht „*Le Monde*“ eine Bilanz für Frankreich. Derzeit bezögen 1,2 Millionen Franzosen das Mindesteinkommen (8,8 Prozent mehr als zum Vergleichszeitpunkt im Jahr 2001). Die Überschuldung der Privathaushalte habe seit 2003 um 22 Prozent zugenommen. Bereits 2001 lebten 3,5 Millionen Franzosen unterhalb der Armutsgrenze.

18.10. In einem Bericht für das Wirtschafts- und Finanzministerium stellt eine Expertengruppe unter dem ehemaligen IWF-Chef *Michel Camdessus* fest, dass der Arbeitsmarkt Frankreichs Wachstumsbremse sei. In dem Bericht wird prognostiziert, dass Frankreichs Volkswirtschaft im Jahr 2015 nur noch auf ein Wachstumspotenzial von 1,75 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung kommen werde. *Camdessus* empfiehlt, den Anteil der öffentlichen Ausgaben von derzeit circa 55 Prozent des BIP auf unter 50 Prozent zu senken. Ein jährliches Wachstum der französischen Wirtschaft um 3 Prozent liege im Bereich des Möglichen, die Arbeitslosenquote könne bis 2010 sogar unter 5 Prozent sinken. *Camdessus* spricht sich für die uneingeschränkte Kumulation von Renten und Lohnneinkünften, eine strikte Kopplung von Lohnersatzleistungen an die Annahme von zumutbarer Arbeit durch die Arbeitslosen sowie eine strikte Trennung von Dienstalter und Lohnhöhe aus.

Ferner müsse die Entwicklung neuer Technologien gefördert werden.

18.10. Eine von Wirtschafts- und Finanzminister *Sarkozy* eingesetzte Kommission unter Leitung des Richters *Guy Canivet* regt die Lockerung der *Loi Galland* an, die die Preisgestaltung im Einzelhandel regelt. Bereits im November soll das bestehende Gesetz ersetzt werden. Es untersagt Einzelhändlern, ihre Verkaufspreise unter dem auf der Einkaufsrechnung angeführten Preis anzusetzen. Künftig sollen laut der Kommission nicht mehr die eher fiktiven Rechnungspreise als Basis dienen, sondern die effektiv anfallenden Nettoeinstandskosten nach Abzug sämtlicher Rabatte („*Prix triple net*“). Das Gesetz *Galland* war eingeführt worden, um die Nachbarschaftsläden vor dem Untergang zu bewahren. Es hatte jedoch den Nebeneffekt, dass auch Kaufhäuser und große Supermarktketten vor Preiswettbewerb gesetzlich geschützt waren.

19.10. In der Nationalversammlung wird das Festhalten des Wirtschafts- und Finanzministeriums an der Vermögenssteuer „*Impôt de solidarité sur la fortune*“ (ISF) im Haushaltsentwurf für 2005 stark kritisiert. Drei wesentliche Änderungen werden von den liberalen Abgeordneten der UMP gefordert: eine der Inflationsrate folgende jährliche Erhöhung des Freibetrages, eine Erhöhung des Freibetrags für den Hauptwohntort und die Wiedereinführung des „*plafonnement Rocard-Bérégo-voy*“, wonach die Summe aus Vermögens- und Einkommenssteuer nicht 85 Prozent des Einkommens übersteigen darf.

19.10. Außenminister *Barnier* kritisiert bei seinem ersten Staatsbesuch in Israel während einer Rede an der Universität von Tel Aviv die israelische Sperranlage, die er für einen Völkerrechtsverstoß halte. Ohne oder gegen den palästinensischen Präsidenten *Yasser Arafat* sei nichts zu erreichen. Am Tag zuvor hatte er bereits in einem Gespräch mit dem israelischen Premierminister *Ariel Sharon* erklärt, er wolle sich um eine stärkere Rolle der Europäischen Union im Friedensprozess bemühen.

20.10. In der Nationalversammlung kündigt Wirtschafts- und Finanzminister *Sarkozy* an, die Regierung wolle den Bürgern mit Steuererleichterungen entgegenkommen, um die stärkere Belastung durch die hohen Ölpreise auszugleichen. Mitte November werde er eine Kommission einberufen, die den entstandenen Überschuss an Einnahmen aus Mehrwert- und Mineralölsteuer und so die Bandbreite der Entlastungsmöglichkeiten für die Haushalte ermitteln solle. Nach Angaben des Wirtschafts- und Finanzministeriums betragen die Mehreinnahmen seit Juli etwa 600 Millionen Euro.

22.10. Gaston Flosse wird erneut zum Regierungspräsidenten des Überseegebietes Französisch-Polynesien gewählt. Der Präsident der Territorialversammlung, Antony Géros, äußert Zweifel an der rechtmäßigen Durchführung der Wahlen, da die 28 Mitglieder der Unabhängigkeitspartei (von insgesamt 57 Parlamentsmitgliedern) die Wahlen boykottierten. Die Regierung des Präsidenten Oscar Temaru war nach viermonatiger Amtszeit am 8. Oktober durch ein Misstrauensvotum zu Fall gebracht worden.

22.10. Der französische Energiekonzern *Électricité de France* gibt bekannt, dass er den Bau eines hochmodernen EPR-Atomreaktors in Flamanville (Manche) plant. Der EPR wird vom deutsch-französischen Konzern „Nuclear Power International“ (Siemens und Framatome) hergestellt.

26.10. In Berlin kommt zum vierten Mal der Deutsch-Französische Ministerrat zusammen. Die Gespräche konzentrieren sich auf die internationale Lage – vor allem in Nahost und Afghanistan –, die bisherige Bilanz der Lissabon-Strategie und die Förderung der Partnersprache. Im Anschluss an den Ministerrat unterzeichnen der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten mit Frankreich, der saarländische Ministerpräsident Peter Müller, und Erziehungsminister Fillon eine gemeinsame Erklärung über die generelle Vergleichbarkeit von französischen und deutschen Berufsabschlüssen.

27.10. Mit Martine Monteil wird die erste Frau zur Direktorin der *Police judiciaire* (Gerichtspolizei) ernannt. Im Lauf ihrer Polizeikarriere ist Monteil immer die erste Frau gewesen: als Leiterin der „brigade criminelle“, als erste Frau innerhalb der Direktion der *Police judiciaire* und jetzt als Direktorin. Im Jahr 1990 war sie von der Frauenzeitschrift „Biba“ zur „Frau des Jahres“ gewählt worden.

28.10. Premierminister Raffarin äußert sich in einem Fernsehinterview bei RTL skeptisch zu einer schnellen Durchführung des Referendums über die EU-Verfassung. Er halte es für sehr schwierig, die Volksabstimmung innerhalb der nächsten sechs Monate zu organisieren.

28.10. Das neue Buch „La République, les religions, l'espérance“ von Wirtschafts- und Finanzminister Sarkozy wird veröffentlicht. In dem Werk sind Gespräche zwischen Sarkozy und einem Dominikanermönch sowie einem Philosophieprofessor aufgezeichnet. Sarkozy spricht sich für eine Änderung des 1905 verabschiedeten Gesetzes über die strikte Trennung von Staat und Kirche aus, damit der Staat zur Finanzierung von religiösen Bauten beitragen könne. Er wünsche sich eine Moschee in jeder größeren französischen Stadt. Sarkozy erklärt, er sei zu dem Schluss gekommen, dass die Integration der Muslime durch die Organisation eines französischen Islam – im Gegensatz zu einem Islam in Frankreich – nur gewinnen könne.

28.10. Die achten „Rencontres internationales Paris-Berlin“ werden eröffnet. Sie bieten zehn Tage lang die Möglichkeit, zeitgenössische Kunst zu entdecken. Künstler und Regisseure aus Frankreich und Deutschland sowie aus der ganzen Welt finden sich ein, um 250 Werke vorzustellen. Schwerpunkt der *Rencontres* sind Filme, Videos und multimediale Werke.

29.10. Alain Juppé, ehemaliger Premierminister, steht wegen illegaler Parteienfinanzierung vor dem Berufungsgericht in Versailles. In erster Instanz war er wegen „illegaler Einflussnahme“ zu einer 18-monatigen Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt worden, das passive Wahlrecht war ihm auf zehn Jahre aberkannt worden. Im Revisionsverfahren hat Juppé Aussicht auf Milde bezüglich der Dauer der Nichtwählbarkeit. Im Sommer war er als Präsident der UMP zurückgetreten, Ende September hatte er sein Mandat als Abgeordneter der Nationalversammlung niedergelegt. Er war entgegen eigenen Ankündigungen jedoch Bürgermeister von Bordeaux geblieben. Das Urteil wird am 1. Dezember erwartet.